

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) im Sommer 1955

An dieser Stelle wird seit nunmehr einem Jahr in vierteljährlichen Abständen über die Wirtschaftslage der Sowjetzone berichtet. Dabei kommen auch Dinge zur Sprache, die die mitteldeutsche Presse ihren Lesern nicht vorsetzen dürfte, weil Wahrheitsliebe und journalistische Freiheit in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang offiziell nicht erwünscht sind. Die Geheimhaltungssucht erstreckt sich dort über den rein militärischen und wehrwirtschaftlichen Bereich hinaus, auch auf solche Bezirke des öffentlichen Lebens, die in den freien Kulturstaaten der Erde in den Tabellen der Statistischen Jahrbücher oder der laufenden Publikationen festgehalten und für jeden Interessierten zugänglich sind.

Ulbricht bezichtigte schon vor einigen Jahren jeden der Spionage, der es unternähme, Daten aus der Wirtschafts-, der Bevölkerungs- und Arbeitsmarktstatistik der SBZ zu sammeln. Ende Juni dieses Jahres verurteilte das Oberste Gericht der SBZ in Ost-Berlin einen Bürger dieser Stadt zu dreizehn Jahren Zuchthaus, weil er mitteldeutsche Zeitungen ausgewertet, Stimmungsberichte verfaßt und an einen Westberliner Rundfunksender weitergeleitet hatte.

Gewiß hat es auch in Westdeutschland die Presse nicht immer leicht, die Scheu mancher Bürokraten vor dem Lichte der Öffentlichkeit zu überwinden, doch es sind Einzelfälle, während in der SBZ wie in allen diktatorisch regierten Ländern der Staat systematisch die Unwissenheit durch falsche Berichterstattung oder die Unterschlagung von Nachrichten fördert. Und wenn sich eine Meldung einfach nicht unterdrücken läßt, wie die über das schwere Grubenunglück im Uranerzbergbau der Sowjetisch-Deutschen Wismut-AG in Niederschlema Mitte Juli dieses Jahres mit 33 Toten und 96 Verletzten, dann bedient sich Pankow des Tricks, nur die halbe Wahrheit zu sagen. Die durch einen Kabelbrand verursachte Explosion unterirdisch gelagerter Sprengmunition wird leider nicht nur 33 Bergleuten das Leben gekostet haben; denn die zonenamtliche Meldung läßt zwischen den Zeilen erkennen, daß die Zahl der Verschütteten noch weitaus höher war. Auch die Ursache des Grubenbrandes ist amtlich nicht bekanntgegeben worden. Der Leser hätte dann die Bestätigung seiner Vermutung erhalten, daß die zugunsten der überplanmäßigen Förderungssteigerung schon seit Jahren grüßlich vernachlässigten Sicherheitseinrichtungen — die allein von sowjetischen „Fachleuten“ dirigiert werden, sich

aber fast ausschließlich auf das Wohl und Wehe deutscher Bergleute auswirken — auch für dieses Unglück verantwortlich sind.

Die Presse der SBZ durfte die zahlreichen früheren Unglücke bei der Wismut-AG mit keiner Silbe erwähnen. Dafür geißelte sie die „kapitalistische Profitgier“ im westdeutschen Bergbau, die ganz allein die Ursache der Grubenunglücke in Westdeutschland sei. Zweierlei Maß, doppelte Moral, das sind die Attribute der Nachrichtenpolitik jedes totalen Staates.

*

Die Methode, nur halbe Wahrheiten zu sagen und die Wirklichkeit stark zu verschleiern, ist besonders deutlich in den Formulierungen der „Staatlichen Plankommission“ der SBZ über die staatlichen Wirtschaftspläne und ihre Erfüllung festzustellen. Während sonst nach Quartalschluß sieben Wochen vergingen, ehe die Vierteljahresberichte veröffentlicht wurden, jedoch beim ersten Quartal dieses Jahres diese Frist zu Ehren des 1. Mai schon auf einen Monat verkürzt werden konnte, legte Pankow den Bericht über das am 30. Juni abgelaufene Vierteljahr bereits am 18. Juli vor. Dieser neuerliche Geschwindigkeitsrekord geht zu Lasten der Exaktheit, was jeder Kenner des sowjetzonalen industriellen Abschluß- und Berichtswesens bestätigen wird.

Man stelle sich nur einmal vor, was es heißt, wenn die Produktions- und Finanzplanberichte der Tausende von Betrieben über die „Verwaltungen volkseigener Betriebe“ (in den Industriezweigen, wo sie noch bestehen), über die Hauptverwaltungen bzw. Hauptabteilungen nach Fachministerien zusammengefaßt, auf ihre Richtigkeit hin überprüft und danach von der Plankommission zusammengestellt und in dem Sammelbericht ausgewertet sowie mit dem entsprechenden Quartal des Vorjahres in Vergleich gesetzt werden sollen. Bei der Kompliziertheit der sowjetzonalen Finanz- und Betriebsbuchhaltung und der totalen Verstaatlichung der Wirtschaft, zumal sich ja diese Erfüllungsberichte nicht nur mit den Leistungen der zentralgeleiteten — also der den Fachministerien unterstehenden — volkseigenen Wirtschaft und der sog. örtlichen, d. h. der den Kreisen und Gemeinden unterstehenden volkseigenen Wirtschaft, sondern auch mit den Leistungen der privaten Wirtschaft befassen, kann es nicht ausbleiben, daß in vielen Fällen der Daumen an die Stelle des Rechenschiebers tritt.

Diese von unten nach oben gemeldeten Fehler werden sich allerdings zum Teil auf längere Sicht mehr oder weniger ausgleichen, zum Teil jedoch auch kumulieren, und die Betriebe verlegen aus Notwehr den Abschluß des Schlußmonats jedes Quartals vom Monatsende immer weiter an den Monatsanfang, weil sie sonst die verlangten kurzfristigen Termine in der Be-

richterstattung nicht erfüllen können, doch auf diesen Fehlern baut sich dann die weitere Planung auf; und die Plankommission frisiert ihre Berichterstattung nicht nur mit den bei den unteren Instanzen herrschenden Methoden, sondern sie muß außerdem noch übergeordnete politische Belange berücksichtigen.

In dem so beeinflussten Bericht der Plankommission über die wirtschaftliche Entwicklung im 2. Quartal 1955 liest dann z. B. der mitteldeutsche Verbraucher, dessen Versorgung mit den Gütern des Massenkonsums, wie Brot, Kartoffeln, Butter, Milch, Fleischwaren, alkoholischen Getränken und Tabakwaren, in diesem Sommer erwiesenermaßen noch schlechter ist als vor einem Jahre, daß die Produktion von Verbrauchsgütern für die Bevölkerung um 12 vH höher war als im 2. Quartal 1954, daß die Erzeugung von Kuhmilch um 11,2 vH zunahm und daß der gesamte Einzelhandelsumsatz im gleichen Zeitraum um 9 vH (Industriewaren 9 vH, Nahrungs- und Genußmittel 3 vH Steigerung), davon allein in der HO sogar um 14 vH gewachsen sei. Bei diesen Zahlenangaben spekuliert die Plankommission auf das schlechte Gedächtnis der Berichtleser, und wer kommt schon auf den Gedanken, diese Angaben mit denen zu vergleichen, die den Bericht über das 2. Quartal 1954 und seinen Vergleich mit dem 2. Quartal 1953 zierten? Von damals bis zum 2. Quartal 1954 war nämlich der Einzelhandelsumsatz nicht nur um 9 vH wie diesmal, sondern um 18 vH gestiegen (Industriewaren 29 vH, Nahrungs- und Genußmittel 11 vH Steigerung). Auch im 1. Quartal 1955 lag die Zunahme des Einzelhandelsumsatzes gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal mit 17 vH noch weit über dem für April bis Juni 1955 gemeldeten Zuwachs.

Der Verbrauch ist also auch nach der offiziellen Berichterstattung erheblich langsamer gewachsen als im ersten Vierteljahr 1955 oder gar als noch vor Jahresfrist, aber er soll im Gegensatz zu den trüben Erfahrungen der mitteldeutschen Verbraucher eben doch gewachsen sein, und zwar mit dem Schwergewicht bei den Industriewaren.

Die Wirtschaft soll ja für den Menschen da sein, für die Befriedigung der Verbraucherbedürfnisse; und wenn zur Charakterisierung der in den beiden Teilen Deutschlands bestehenden Wirtschaftsordnungen nur diese eine Frage zu beantworten wäre, woher es komme, daß in Mitteldeutschland nunmehr seit 16 Jahren die Grundnahrungsmittel rationiert, in Westdeutschland dagegen seit dem Sommer 1948 praktisch frei zu kaufen sind, dann müßte die Antwort zugleich eine vernichtende Kritik an dieser von den Sowjets in ihrer Zone praktizierten Wirtschaft sein.

Obwohl *Oelssner*, der Chefideologe der SED für Wirtschaftsfragen, vor kurzem scharf be-

anstandete, daß im Jahre 1954 der prozentuale Zuwachs der Bruttoproduktion in der Privatindustrie erheblich höher lag als in der verstaatlichten Industrie, und obwohl er für 1955 eine Umkehrung dieser Verhältnisse forderte, übertraf auch im zweiten Quartal die Leistungssteigerung der Privatindustrie die der Staatsindustrie. Die Leitungen der volkseigenen Betriebe sind einfach nicht wendig genug, um trotz ihrer bevorzugten Materialversorgung und Produktions- und Absatzfinanzierung an die Initiative der Privatunternehmer heranzureichen. Hier muß die SED noch in diesem Jahr eine radikale Änderung erzwingen; denn das von ihr getreu der sowjetischen Theorie zu verwirklichende „sozialistische Grundgesetz“ schreibt das Absterben der privaten Industrieproduktion vor. Die in der letzten Zeit für zahlreiche Privatbetriebe überraschend gesperrten Produktionskredite und die Vorbereitung eines Gesetzes, das die Vererbung von Privatbetrieben unmöglich macht und damit die prohibitive Wirkung des Erbschaftssteuergesetzes gegenüber dem industriellen Privatkapital bis zur letzten Vollkommenheit steigert, kennzeichnen die bevorstehende Entwicklung.

Im zweiten Quartal 1955 soll die Arbeitsproduktivität der Produktionsarbeiter um 11 vH, ihr Durchschnittslohn dagegen nur um 3 vH gestiegen sein. Da keine Preissenkungen vorgenommen wurden, käme die erhöhte Leistung dem Staate zugute, der damit die Verlustwirtschaft der staatlichen Betriebe verbessern könnte. Allerdings muß man gegen den ausgewiesenen Steigerungssatz der Arbeitsproduktivität Zweifel äußern; denn es fehlen bei der maschinellen Ausrüstung der Betriebe die Voraussetzungen für eine so auffällige Verbesserung gegenüber der bisherigen Zeit. Auch der Arbeitsablauf weist im wesentlichen noch die gleichen Störungen auf wie bisher, und die Leistungswilligkeit der Arbeiter hat keinesfalls in einem solchen Ausmaße zugenommen, daß von dieser Seite her die Arbeitsproduktivität einen derartigen Auftrieb hätte erfahren können. 1954 wurde die Arbeitsproduktivität gegenüber dem Vorjahre insgesamt um 4,1 vH erhöht.

Aus Ost-Berlin und allen Teilen der SBZ liegen Nachrichten darüber vor, daß nicht nur die Leistungslöhne durch Normenerhöhungen, sondern daß jetzt auch die Zeitlohnsätze gesenkt werden. Damit hofft die Verwaltung der SBZ, den unverhältnismäßig stark gewachsenen Kostenfaktor Lohn wieder in eine wirtschaftlich tragbare Beziehung zum Produktionswert zu bringen, sie senkt aber gleichzeitig den Leistungswillen der Arbeiter und gefährdet dadurch die beabsichtigte Wirkung. In dieser Situation zeigt sich besonders deutlich das Verhängnis einer totalen Staatswirtschaft, in der es der Staat nicht verstanden hat, durch geeignete Maßnahmen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet die Arbeiterschaft ohne Ein-

schränkung für sich zu gewinnen. Daß der Staat trotz des Menetekels vom Juniaufstand 1953 den Weg der staatlich angeordneten Lohnkürzung geht, ist ein Beweis für die stark angespannte Finanzlage der volkseigenen Wirtschaft und für das Mißverhältnis von Waren- und Zahlungsmittelversorgung.

*

Die in den zehntägigen Notenbankausweisen gemeldete außerhalb der Kassen der Banken umlaufende Bargeldmenge soll zwar nicht mehr zunehmen, wie dies noch bis zum Frühjahr 1955 der Fall war, ihre Rückverwandlung in staatliche Einnahmen muß aber im Verhältnis zu dem staatlichen Bargeldbedarf noch immer zu gering sein. Dies konnte schon aus der Einführung des sog. Sparkaufbriefes gefolgert werden, der den bargeldlosen Einkauf im staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Einzelhandel fördern soll, indem Beträge eines Sparkontos, Gehaltskontos oder bar eingezahlte Beträge durch Übertragung auf den Sparkaufbrief wie Bargeld verwendet werden können, wobei die Restbeträge mit 3 vH verzinst oder bar ausbezahlt werden. Nunmehr sollen alle Gehälter über 500 DM, und das ist bei den guten Bezügen der Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre eine beträchtliche Summe, nicht mehr bar ausbezahlt, sondern nur noch auf Gehaltskonten überwiesen werden, die mit 2 vH zu verzinsen sind.

Auch durch diese Maßnahme hofft Pankow, den Bargeldbedarf drosseln zu können. Zugleich können die Banken zur Kontrolle der Geldverwendung angehalten werden. Ob das ohnehin überlastete Bankenpersonal diese neuen Aufgaben sowie die monatlichen zusätzlichen Buchungen ohne Störung wird bewältigen können, muß allerdings sehr bezweifelt werden.

Das einfachste Mittel zur Überwindung des Bargeldmangels wäre natürlich die Schaffung zusätzlicher Banknoten und Münzen, und zu diesem Mittel hat die Verwaltung der SBZ auch schon gegriffen und Geldzeichen im Werte etwa einer Milliarde in Umlauf gegeben; doch auch ein totaler Staat kann auf diesem Wege keine Wunder bewirken. Die Verfügungsmöglichkeit über Bargeld bedeutet gerade in einer zentralistischen Planwirtschaft eine ständige Gefahr für den plangerechten Wirtschaftsablauf, weil jedes Zuviel an Bargeld bei dem Zuwenig an Waren- und Materialmenge nicht nur die Betriebe, sondern auch alle anderen Teilnehmer am Wirtschaftskreislauf zu Planverstößen anreizt und die Bildung eines schwarzen Marktes begünstigt. Aus diesem Grunde ist der bargeldlose Zahlungsverkehr mit einer enorm gesteigerten Umlaufgeschwindigkeit für die totalen Staatsplanwirtschaften typisch geworden.

*

Nach sowjetischem Vorbild wird der Wirkungsbereich der verstaatlichten Wirtschaft im-

mer weiter ausgedehnt. Konnte man schon 1946 bei der Enteignung eines erheblichen Teiles der Spielwaren- und Musikinstrumentenindustrie und ihrer organisatorischen Zusammenfassung in der VVB Musik — Kultur wahrlich nicht den notwendigen inneren Zusammenhang dieser Maßnahme mit dem Gebot erkennen, zur Sicherung der geplanten sozialistischen Wirtschaft die „Kommandohöhen der Wirtschaft in die Hände der Arbeiterklasse“ zu bringen, so kann die kürzlich bekanntgegebene Gründung eines volkseigenen Betriebes zur Züchtung von Zierfischen und Wasserpflanzen in Ilmenau nur noch erheiternd wirken.

Auch die Meldung, daß im Sommer 1955 über 3500 Industriearbeiter Mitglieder landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) geworden seien, erscheint im ersten Augenblick gewiß merkwürdig. Diese Industriearbeiter haben in den LPG in erster Linie als überzeugte Funktionäre politisch zu wirken. Daneben sollen sie ihre maschinentechnischen Kenntnisse in den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) einsetzen. Der politische Effekt dieser Aktion „Industriearbeiter aufs Land“ spiegelt sich in der anteiligen Zunahme des Typs an den drei möglichen LPG-Typen, der der sowjetischen Kolchose nahezu gleichkommt. Dieser Typ III galt Anfang 1954 für 41 vH, Ende 1954 für 60 vH und Mitte 1955 schon für 74 vH aller LPG.

Die durch den inzwischen ja längst wieder abgeblasenen „neuen Kurs“ verursachte Krise in der Entwicklung der LPG ist demnach durch den starken politischen Druck der Zentralgewalt der SBZ völlig überwunden worden. Die LPG bewirtschaften jetzt schon 18 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ. Mit den 4,1 vH der von den volkseigenen Gütern und den 12 vH der von den politischen Parteien, Kreisen und Gemeinden bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ stehen also gegenwärtig schon knapp 35 vH unter kollektiver Bewirtschaftung.

Diese „Erfolge“ haben Pankow veranlaßt, seine Aufmerksamkeit nunmehr auch der Kollektivierung der Fischwirtschaft zuzuwenden. Der seit 1950 propagierte Gedanke der Produktionsgenossenschaften hat weder unter den Handwerkern noch unter den Küsten-, See- und Hochseefischern merklichen Anklang gefunden. Dabei hatte man von vornherein nicht an die sog. Großfischer gedacht, sondern mehr an die kleinen Einzelfischer ohne großen Kapitalrückhalt — also ohne großen Fahrzeug- und Gerätepark. Um diese „werktätigen“ Fischer erfolgreicher als bisher ansprechen zu können, sich einer kollektiven Arbeit zu befleißigen, sind kürzlich in Warnemünde, Wolgast, Stralsund und Wismar sog. volkseigene Fischerei-, Fahrzeug- und Gerätestationen (FGS), errichtet worden, die als Parallele zu den landwirtschaftlichen MTS auf dem Gebiete der Fischerei „den Fischereiproduktionsgenossenschaften die Aus-

Übung der Hochsee-, See- und Küstenfischerei mit den Mitteln der modernsten Technik durch Benutzung staatlicher Produktionsmittel“ ermöglichen sollen.

In der gesetzlichen Verordnung wird den FGS als Hauptaufgabe „die materielle und ideologisch-politische Hilfe beim genossenschaftlichen Zusammenschluß der werktätigen See- und Küstenfischer“ gestellt. Ja, es heißt sogar: „Die FGS haben bedeutsame erzieherische Aufgaben.“ Die Kollektivierung der Fischereiwirtschaft und ihre allmähliche stillschweigende Verstaatlichung ermöglicht den Staatsorganen der SBZ zugleich eine ständige politische Kontrolle des bisher noch nicht lückenlos zu überwachenden Verkehrs an der und über die Küstengrenze, die sich nicht so hermetisch abschließen läßt wie die trockene Landgrenze.

*

Schon im Sommer 1952 wurden überraschend alle Feriengäste, die außerhalb des FDGB-Ferienstes an die See kamen, aus Gründen der Sicherheit der Küstenzone von heute auf morgen nach Hause geschickt. Diese Sicherheit ist nach Überzeugung der SED ständig durch Flüchtlinge oder von außerhalb kommende Spione gefährdet. Wer an der Ostseeküste zeltet oder mit seinem Paddelboot eine Fahrt längs der Küste unternimmt, braucht dazu eine besondere Genehmigung der Orts- und der Grenzpolizei. Diese Grenzpolizei hat anscheinend ihre Wachsamkeit bisher zuviel den Nacktbadenden gewidmet, wozu die scharfen Feldstecher ja auch die besten Voraussetzungen boten, und zuwenig ihren eigentlichen Aufgaben; denn in einer vom Rat des Küstenbezirkes Rostock herausgegebenen Bekanntmachung wird darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre an der gesamten zonalen Ostseeküste das „Nacktbaden und die sogenannte Freikörperkultur“ verboten sind.

Der Ferienbetrieb an der See leidet mit der steigenden Ausschaltung des privaten Elements bei der Zimmervermietung und Zimmernachfrage in zunehmendem Maße unter den Mängeln der „volksdemokratischen Mißwirtschaft“. Die Zahl der HO-Gaststätten, die allein berechtigt sind, markenfreie Gerichte abzugeben, ist viel zu klein. In dem Seebad Ahrenshoop beispielsweise befindet sich nur eine HO-Gaststätte. Sie hat allwöchentlich einen Ruhetag. Wer dann markenfrei essen will, muß einen Fußmarsch bis nach dem 5 km entfernten Wustrow antreten. Anscheinend sieht die HO keine andere Möglichkeit, ihre Kostensituation zu verbessern, als die Bedienungspersonal zu sparen. So bilden sich immer wieder Schlangen vor den Bockwurstständen und Obst-Verkaufsstellen. Das Obst wird nicht laufend angeboten, sondern grundsätzlich stoßweise, je nach der Zuteilung, so daß den obsthungrigen Badegästen nichts anderes übrig bleibt, als ständig

auf der Lauer zu liegen, um bei dem zu erwartenden Käuferansturm möglichst weit vorn einen Platz zu ergattern.

Im Kurhaus Zingst, der repräsentativsten HO-Gaststätte des Ortes, regnet es nach sowjetzonalen Eingeständnis durchs Dach, und das Betreten der schönen Terrasse ist mit Lebensgefahr verbunden, weil die Holzbohlen verfaulen und Geld für den Bau einer Glasüberdachung nicht eingeplant wurde. Auch im HO-Zentralhotel in Zingst regnet es durchs Dach der Küche und des Personalunterkunftsraumes. Dieses Zentralhotel hat *sechs* Betten, jedoch alle ohne Matratzen. Um den Umsatz des Kurhauses nicht zu schmälern, schloß die kluge HO-Leitung den Mittagstisch im Zentralhotel, so daß die Anmarschwege und die Wartezeiten beim Essen noch länger wurden. Das, was an guten Nachrichten allein aus Kühlungsborn und Warnemünde gemeldet wird, stellt für die SBZ lobenswerte Ausnahmen dar und wäre in Westdeutschland als Selbstverständlichkeit nicht der Erwähnung wert. Auch die erstmalig in diesem Sommer von der Reichsbahn der SBZ als besondere Neuerung bezeichnete und gewürdigte Fahrtverbindung Dresden—Berlin—Stralsund per Triebwagen in sechs Stunden ist in Wirklichkeit nur die Wiederherstellung des normalen Zustandes, wobei wir nicht verkennen wollen, daß es natürlich für die Ferienreisenden ein Unterschied ist, ob sie statt früher zwölf Stunden jetzt nur noch sechs unterwegs sind. Aber für Pankow besteht wirklich kein Anlaß zum Feiern, wenn glücklich über zehn Jahre nach Kriegsende jetzt die erste und einzige Schnellverbindung zur Ostseeküste wieder intakt ist.

Wesentlich mehr Sorgfalt widmet die SED einem Problem, das uns in Westdeutschland leider viel zuwenig Nachdenken verursacht. Es handelt sich um die sog. Ferienaktion für westdeutsche Kinder. Wie die Ferien- und Pionierlager für die mitteldeutsche Jugend, so haben auch die meist mit diesen gekoppelten Ferienlager für die westdeutschen Kinder in erster Linie einen politischen Zweck zu erfüllen. Die Kinder aus der Bundesrepublik sollen die Überzeugung gewinnen, daß in der Sowjetzone der „Staat“ sich intensiv um die Jugend bemüht — wie und mit welchem Ziel, das erkennen sie meist nicht; denn in ihrer kindlichen Begeisterung sehen sie in dem FDJ-Funktionär und dem ausgewählten Vopo-Kommissar, der mit ihnen militärische Geländespiele veranstaltet und ihnen Vorträge über die Aufgaben der Polizei bei der Bekämpfung von Agenten und Saboteuren sowie über die Friedensbemühungen der Sowjetunion hält, nicht den politischen Rattenfänger, sondern nur den älteren Spielkameraden. Eine möglichst intensive Begegnung zwischen west- und mitteldeutschen Kindern und Jugendlichen ist in unserem zerrissenen Vaterland besonders notwendig. Soll man aber dem politi-

schen Mißbrauch dieser Begegnung durch die SED tatenlos zusehen? Bietet die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik etwa keine Möglichkeiten, solche Begegnungen in der freien Luft Westdeutschlands stattfinden zu lassen?

*

Für Pankow steht die Notwendigkeit eines solchen Aufwandes von Millionen öffentlicher Gelder außerhalb jeder Debatte. Dieser Teil des öffentlichen Verbrauchs wird nicht geschmäler, obwohl gleichzeitig von Ulbricht auf dem Kongreß des FDGB am 18. Juni gerügt wurde, daß der diesjährige Umfang der — ja überwiegend öffentlichen — Investitionen mit 5,1 Md. D-Mark zu niedrig für die beabsichtigte Wirtschaftsexpansion und die darauf aufbauende Erhöhung der Lebenshaltung sei und in keinem Verhältnis zu dem — wie er es bezeichnete — sehr hohen „individuellen Massenverbrauch“¹⁾ stehe, der 1950 erst bei 19,9 Md. DM lag, jedoch in diesem Jahre 34,5 Md. DM betragen werde.

Weil also angeblich zuviel verbraucht wird, kann nicht genug investiert werden. Ulbricht

1) Ausgaben für Ernährung, Kleidung, Wohnung, Verkehrsmittel, Dienstleistungen aller Art, Unterhaltung und Bildung.

ist skrupellos genug, zu verschweigen, daß der durch das HÖ-Preissystem überbewertete Verbrauch von ihm selbst bisher immer als Hauptfinanzierungsquelle für die Investitionen bezeichnet worden ist. Wenn Verbrauch und Investition nach seiner Meinung im Mißverhältnis zueinander stehen, dann soll er bei sich selber als dem Dirigent der totalen Wirtschaftsplanung die Schuld suchen. Aber was ist das schon für eine Planung, wenn beispielsweise am 18. Juni 1955, also vor Abschluß des 1. Fünfjahrplanes, schon mehrere Bergleute der SBZ ihren Anteil an *zwei* Fünfjahrplänen erfüllt hatten? Und was ist das für eine Wirtschaft, wenn der Schwermaschinenbau-Betrieb S. M. Kirow (früher Bleichen) im 1. Quartal 1955 statt eines Planertrages von 2,5 Mill. einen Verlust von 0,6 Mill. DM verursacht, wichtige Exportverpflichtungen an die CSR nicht erfüllen konnte, keine Übersicht über seine Maschinenkapazität besitzt und für 16 Mill. DM Materialien, zum Teil hochwertige Buntmetalle, in getarnten Lagern gehortet und der anderweitigen Verwendung entzogen hat?

Ulbrichts Kritik an der Höhe des Verbrauchs angesichts der Unterversorgung der mitteldeutschen Bevölkerung kann in ihrem Zynismus kaum noch übertroffen werden.

Walter Meier